

Einleitung

Christopher Daase/Philipp Offermann/Valentin Rauer

Das 19. und 20. Jahrhundert war durch gesellschaftspolitische Leitbilder geprägt, die auf Wachstum und Fortschritt zielten. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts erodieren diese Leitbilder zunehmend. Statt sozialen Wandel und Fortschritt zu propagieren, orientieren sich die gesellschaftspolitischen Programmatiken zunehmend daran, das bisher Erreichte zu bewahren. Statt Freiheit, Aufklärung und Emanzipation wird Sicherheit zur neuen gesellschaftspolitischen Leitvokabel. Der dabei auftretende Dualismus von Freiheit und Sicherheit ist vielfach diskutiert und die Gefahr für die Bürgerrechte hervorgehoben worden. Dieser Band schlägt einen anderen Fokus vor. Denn um Ausmaß und Tragweite dieses Wandels auf die Spur zu kommen, bedarf es eines integrativen Forschungsprogramms und einer interdisziplinären Perspektive. Diese Anforderungen erfüllt das Konzept der Sicherheitskultur. Es eignet sich, so unsere Beobachtung, synergetisch verschiedene Forschungsperspektiven zu bündeln, ohne die Fragestellung nach dem Wandel unserer Gesellschaft aus dem Blick zu verlieren. Das vorliegende Buch versammelt Beiträge aus der Rechtswissenschaft, der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Geschichte, der Psychologie und medizinischen Ökonomie sowie der Kriminologie.

Wie die Beiträge zeigen, erweist sich Sicherheitskultur methodisch als ein tragfähiger Begriff, der es ermöglicht, den Blick auf gesellschaftspolitische Ambivalenzen und Spannungen zu richten. Weil der Kulturbegriff in der Vergangenheit oftmals dafür kritisiert wurde, entweder bestehende Stereotype zu bestätigen oder als beliebige Erklärungsformel für alles zu dienen, was ansonsten nicht anders erklärt werden kann, haben wir mit diesem Band einen kulturorientierten Sicherheitsbegriff vorgeschlagen, der sich weniger auf ganze Gesellschaften und andere Großgruppen bezieht, sondern dabei hilft, empirisch beobachtbare Praktiken konkret zu benennen und zu analysieren. Eine solche empirische Perspektive auf kulturell formiertes Handeln unterscheidet etwa subjektive und objektive Sicherheit und bezieht die Geschich-

te von diskursiv-öffentlichen Prägungen, vernetzten Technologien und das Handeln von Institutionen und Akteuren mit ein. Nur als Ensemble dieser unterschiedlichen Perspektiven lassen sich die Ursachen benennen, die der neuen Leitsemantik ›Sicherheit‹ in den unterschiedlichsten lokalen und internationalen Situationen zu ihrer sozialen Deutungsmacht verhelfen.

Aus unserer Sicht lässt sich das Fazit ziehen, das ein Forschungsprogramm unter dem semantischen Dach des Konzeptes ›Sicherheitskultur‹ erhebliche Synergien erzeugt. Durch die Analyse von Sicherheitskultur geraten Spannungen in den Blick, die aus den Praktiken der Sicherheitsgenerierung selbst resultieren. Wer im Namen der Sicherheit politisch handelt oder debattiert, setzt nicht nur die eine Unsicherheit stets voraus, die durch diese Voraussetzung zur sozialen Realität wird, sondern kreierte auch neue Unsicherheiten, die die Herstellung von Sicherheit stets begleiten. Dieses Paradox der Sicherheit ist das Signum moderner Gesellschaft und Grundlage dessen, was wir den Wandel der Sicherheitskultur nennen: nämlich die Transformation von Überzeugungen, Werten und Praktiken von Individuen und Organisationen, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mittel ihr begegnet werden soll.

Die Gliederung des Sammelbands erfolgt nicht nach empirischen Forschungsfeldern oder wissenschaftlichen Disziplinen, sondern nach systematischen Gesichtspunkten und spezifischen Fragestellungen. Im ersten Abschnitt (I.) werden Beiträge vorgestellt, die sich mit begrifflichen und konzeptionellen Fragen befassen. Der zweite Abschnitt enthält Beiträge mit methodologischem Schwerpunkt (II.). Die Beiträge des dritten Abschnitts arbeiten die sicherheitskulturellen Praktiken spezifischer gesellschaftlicher Gruppen und Akteure heraus (III.). Die Wandlungsprozesse von Normentwicklungen einer internationalen Sicherheitskultur werden im vierten Abschnitt vorgestellt (IV.). Den abschließenden fünften Abschnitt bilden drei Beiträge, die sich mit Fragen der Sicherheits- und Risikoperzeption und subjektiver und gefühlter Sicherheit beschäftigen (V.).

Begriffe und Konzeption

Die Aufsätze dieses Abschnitts widmen sich den begrifflichen und konzeptuellen Dimensionen eines sicherheitskulturellen Forschungsprogramms. Gemeinsam ist den Beiträgen, dass sie über diskursive Deutungshorizonte Si-

cherheitskultur als soziales Feld erschließen, dessen Wandel Auswirkungen weit in die gesellschaftliche Strukturen hat. Das Forschungsprogramm blickt offenbar auf einen Gegenstand, der sich im Spannungsfeld von öffentlichen Deutungsmustern, wissenschaftlichen Expertisen und staatlichen Regularien bewegt.

In dem ersten Beitrag skizziert *Christopher Daase* Sicherheitskultur als ein interdisziplinäres Forschungsprogramm. Daase unterscheidet zunächst drei Wandlungsprozesse des Sicherheitsverständnisses: erstens die thematische Erweiterung des Sicherheitsbegriffs von einem engen militärischen Verständnis zu immer weiteren Anwendungsbereichen wie wirtschaftlicher Sicherheit, ökologischer Sicherheit oder *human security*; zweitens die daraus resultierenden Überforderungen der Politik, allen diesen Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden; aus dieser Überforderung folgt drittens eine Legitimationskrise gouvernementaler und intergouvernementaler Sicherheitsinstitutionen. Aus der Deutung dieses Zusammenhangs leitet Daase die Notwendigkeit eines kulturorientierten Forschungsprogramms ab. Der Wandel des Verständnisses von Sicherheit verursacht einen gesellschaftlichen Wandel und umgekehrt. Dieser Wandel geht weit über sprachliche Veränderung durch ›Versicherheitlichung‹ hinaus. Was sich verändert, sind kulturelle Sichtweisen und Praktiken. Das Kulturkonzept zwingt dazu, den jeweiligen Forschungsgegenstand zu historisieren. Die Sozialwissenschaften sind zwar mit Kausalitäten konfrontiert, sie müssen aber stets mit historischen Ereignissen und kontingenten Brüchen ihres Forschungsgegenstandes rechnen. Im Zuge solcher Ereignisse und Brüche verändert sich, was als sicher und was als gefährlich gilt. Sicherheitskultur ist nach Daase der »gemeinsame Fokus« und die »verbindende Begrifflichkeit«, die diese unterschiedlichen Forschungsperspektiven miteinander in Beziehung setzt.

Der zweite Beitrag erläutert aus rechtswissenschaftlicher Perspektive den Zusammenhang zwischen Sicherheitskultur, Sicherheitspolitik und Sicherheitsrecht. Sicherheitskultur beschreibt hier besonders Praktiken des öffentlichen Debattierens darüber, was als ›Sicherheit‹ und was als ›Gefahr‹ zu gelten habe. *Christoph Gusy* und *Annika Kapitza* argumentieren, dass die Kluft zwischen subjektiver Wahrnehmung von Gefahren zur tatsächlichen objektiven Gefahrenlage sehr groß sein kann. Von einer solchen wahrnehmungsorientierten Sicherheitskultur unterscheidet sich die Sicherheitspolitik. Dabei geht es nicht um subjektive Sichtweisen, sondern um die ›Summe der Kommunikationsvorgänge‹, welche zur Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen führen. Anders als im öffentlichen Diskurs herrscht keine

offene Partizipationslogik, sondern eine ausgeprägte Asymmetrie des Zugangs und der Beteiligungsmöglichkeiten. Davon ist drittens das Sicherheitsrecht zu unterscheiden. Die Zugänge zum Sicherheitsrecht sind durch hohe selektive Aufmerksamkeits- und Zugangshürden geprägt. Sicherheitsrecht impliziert damit stets auch kontingente Entscheidungspotentiale, die nicht nur verbindlich und durchsetzungsfähig sind, sondern einer besonderen Legitimation bedürfen. Diese Legitimation stützt sich wiederum auf die jeweiligen sicherheitskulturellen Diskurse. Sicherheitskultur, Sicherheitspolitik und Sicherheitsrecht beziehen sich zwar wechselseitig aufeinander. Sie sind jedoch nicht linear auseinander ableitbar, so die zentrale These. Sie unterliegen vielmehr ganz unterschiedlichen Bedingungen, Regeln und Wirkungsformen in Hinblick auf Akteure, Organisationen und den Zugang zu Handlungsfeldern.

Methodologische Perspektivierungen

Der zweite Abschnitt enthält vier Beiträge, die sich den methodologischen Perspektiven eines sicherheitskulturellen Forschungsprogramms widmen. Die Beiträge wählen Zugänge, die es ermöglichen, sicherheitskulturelle Prozesse beobachtbar zu machen. Vorgestellt werden netzwerktheoretische, diskursive und historisierende Ansätze. Die Ansätze erweisen sich als nützlich, um spezifische sicherheitskulturelle Dynamiken zu erfassen.

Der erste Beitrag von *Valentin Rauer* wendet sich der Frage zu, wie methodisch auch nicht-diskursive und nicht-sprachliche Praktiken in die Analyse integriert werden können, ohne dass man einem naiven Realismus verfällt. Rauer schlägt einen Ansatz aus Sicht der Akteur-Netzwerk-Theorie vor. Statt stets nur zwischenmenschliches, d.h. intersubjektives Handeln zu analysieren, wäre die Perspektive auch auf Mensch-Maschine-Interaktionen zu erweitern. Zur Erforschung von intersubjektiv geltenden Regeln sollte die Erforschung *interobjektiv* geltender Regeln hinzutreten. Rauer bezieht sich dabei auf den Befund, dass der Begriff ›Sicherheitskultur‹ in öffentlichen Diskursen sich implizit stets auch auf Mensch-Maschine-Beziehungen bezieht. Zudem bietet die Akteur-Netzwerk-Theorie die Möglichkeit, Ursache-Wirkungsrelationen als graduell zu konzipieren, was der kulturwissenschaftlichen Kontingenzzperspektive entspricht. Sicherheit bedeutet aus Sicht dieser Theorie eine Zunahme möglichst stabile Verknüpfungen und Interak-

tionen. Dabei wird Intersubjektivität tendenziell durch Interobjektivität ersetzt. Dieser Prozess wird an einem aktuellen Forschungsprogramm erläutert, welches sich mit dem Einsatz von Drohnen in europäischen Metropolen beschäftigt. An den Zielen dieses Projekts lässt sich zeigen, wie eine präventive Sicherheitskultur über die Förderung von Interobjektivität legitimiert wird.

Der zweite Beitrag von *Ulrich Bröckling* betrachtet aus einer soziologischen Perspektive diskursive Praktiken der Gefahrenabwehr. Bröckling diagnostiziert für die beiden letzten Jahrhunderte eine Zunahme von ›Dispositiven der Vorbeugung‹. Darunter versteht er nicht nur Konzepte der ›Gefahrenabwehr‹, sondern auch der ›Resilienz‹ oder jüngst der ›Precaution‹. Der »planerische Optimismus« vergangener Jahrhunderte ist inzwischen einem »negativen Aktivismus« gewichen. Die Hinwendung zu Sicherheit als gesellschaftspolitischer Leitsemantik wird von einer »Kultur der Furcht und Schadensvorbeugung« getrieben. Damit hat sich das gesellschaftliche Verhältnis zur Zukunft im 21. Jahrhundert radikal gewandelt. Die allgemeine diskursive Formation, die dieses neue Verhältnis zur Zukunft strukturiert, ist die Prävention. Diese Formation, so Bröckling, »will nichts schaffen, sie will verhindern«. Der Präventionsdiskurs zeichnet sich dadurch aus, dass er nie abschließbar ist: vorbeugen kann man nie genug. Er ruft stets zum Handeln auf und setzt einen enormen »Aktivismus« in Gang. Hier zeigt sich wieder die in Daases Beitrag erläuterte strukturelle Überforderung des sicherheitsgarantierenden Akteurs. Wenn man nie genug vorbeugen kann, dann hat auch der Staat stets nie genug getan, um einen Anschlag, eine Pandemie oder kriegerische Auseinandersetzung zu verhindern. In diesem Kontext, so Bröckling, bilden sich so genannte Präventionsregime, die ihre Legitimität und ihren Machtanspruch aus diesem negativen Aktivismus begründen. Staatliches Handeln ist nur ein Handeln unter vielen anderen Praktiken, die solche Präventionsregime konstituieren. Es entstehen unterschiedliche Rationalitäten, Technologien und Subjektivierungen. Diese Technologien stützten sich auf Wissensdiskurse wie den der Hygiene, der Immunisierung und der Precaution. Hygienediskurse begreifen Gefahren als Ansteckungsphänomene. Die Immunisierungsdiskurse blicken eher auf Gefahren, die durch Zusammenbruch der Selbstschutzmechanismen entstehen und bündeln dies in dem Konzept der Vulnerabilität. Die Precaution-Diskurse zeichnen sich durch eine Radikalisierung von Kontingenz aus, d.h. sie »rechnen stets mit Schlimmstem«. Praktiken der Gefahrenabwehr und Diskurse der Sicherheit legitimieren den Machtanspruch von Präventionsregimen. Folgt man Bröck-

lings Diagnose, so lässt sich feststellen, dass im Zuge des sicherheitskulturellen Wandels staatliches Handeln nicht nur an Legitimität einbüßt, sondern dass neue »Regime« entstehen, die sich nicht auf rein staatlich legitimes Handeln zurückführen lassen, sondern übergreifend gesellschaftliche Ordnungen prägen.

In dem dritten Beitrag des methodologischen Abschnitts analysiert *Stefan Kaufmann*, wie sich aktuelle Praktiken im Rahmen von *Homeland Security* zu einem präventiven Ansatz zuspitzen, der unter dem Namen »Resilienz« gesellschaftspolitische Wirksamkeit entfaltet. Kaufmann untersucht die Genealogie und die Ursachen für den Aufstieg dieses Konzepts. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass es sich um ein sogenanntes »Boundary Object« handelt. Darunter werden Konzepte verstanden, die allgemein genug sind, dass sie transdisziplinär anschlussfähig sind, aber auch konkret genug, dass sie in lokalen Kontexten und Projekten umgesetzt werden können. Als Resilienz wird das Beharrungsvermögen und die Fähigkeit eines Systems bezeichnet, nach einer Störung wieder in seinen Ausgangszustand zurückzukehren. Kaufmann kann zeigen, dass dieser ursprünglich ökologische Wissensdiskurs sich auf viele weitere Anwendungsfelder ausweitete. Dieser Erfolg des Resilienzkonzepts ist auch der Entdeckung geschuldet, dass Systeme keineswegs durch Gleichgewichtszustände stabil gehalten werden, sondern auch dadurch, dass es sich externen Störungen aussetzt. Nur auf stabile Gleichgewichte und Störungsfreiheit eines Systems zu setzen, kann aus einer systemischen Logik der Resilienz selbst zu Instabilität führen. Permanente Gleichgewichtszustände machen unflexibel und damit verwundbar. Wissenschaftshistorisch ist das Konzept daher auch als eine methodische Antwort auf den Verwundbarkeitsdiskurs zu verstehen. Kaufmann führt eine Reihe von Praktiken an, die dazu dienen, die Resilienz zu steigern und die Verwundbarkeit zu reduzieren. Dazu gehören Szenarienbildung, bei der Störungen simuliert und Krisenbewältigung geübt werden, um nicht der Illusion einer permanenten Gleichgewichtszustandes zu verfallen. Kaufmann beobachtet bei diesen Praktiken zwei unterschiedliche Zugangsweisen: einerseits den ingenieurwissenschaftlichen Zugang, der auf die Stärkung von Überwachungstechnologien und Kontrollen setzt, und andererseits einen ökologischen Zugang, der eher auf Diversität, Vernetzungsgrade, Redundanzen und Flexibilisierungsformen fokussiert. Der Beitrag blickt damit auf sicherheitskulturelle Praktiken, die durch konzeptuelle und diskursive Modellbildung geprägt und strukturiert werden.

Der vierte Beitrag zu methodischen Perspektiven von *Andreas Vasilache* unternimmt einen grenzanalytischen Versuch zum Thema der Entgrenzung und Suspendierung des Privaten im Zuge des sicherheitskulturellen Wandels. Der Ansatz historisiert das Verhältnis von öffentlichem und privatem Raum, indem die Grenzziehung zwischen beiden Sphären auf den Wandel von Sicherheitsverständnissen zurückgeführt wird. Die permanente Ausdehnung der öffentlichen Sphäre in Sicherheitsfragen und das damit verbundene Übergreifen seiner spezifischen Normen auf den privaten Bereich wird hier als die systematische Suspendierung eben dieser Grenze verstanden. Gefördert werde diese Entwicklung durch die fortschreitende Privatisierung vormals öffentlicher Sicherheitsdienstleistungen. Das grenzanalytische Verfahren vermeidet es dabei, die beiden Bereiche als prinzipiell ununterscheidbar anzusehen.

Gesellschaftliche Gruppen und Akteure

Der dritte Abschnitt versammelt Aufsätze, die den sicherheitskulturellen Wandel mit Blick auf gesellschaftliche Gruppen und Akteure analysieren. Alle drei Beiträge beleuchten die Spannungen, denen kollektive Akteure und Gruppen im Rahmen von sicherheitskulturellen Deutungsmustern ausgesetzt sind. Dabei zeigen die Beiträge auch, wie institutionelle Zielvorstellungen der Gefahrenabwehr und die Eigeninteressen der Akteure einer jeweiligen Eigenlogik folgen. Solche widersprüchlichen und dysfunktionalen Dynamiken werden oftmals durch symbolische und kulturelle Deutungsmuster verstärkt.

Der erste Beitrag von *Hendrik Hegemann* und *Martin Kahl* trägt den Titel: ›Politische Entscheidungen und das Risiko Terrorismus‹ und fragt nach den Grundlagen, auf denen politische Akteure bestimmte Sicherheitsentscheidungen treffen. Da über die zukünftige Wirksamkeit einer politischen Entscheidung keine belastbaren Daten vorliegen können (und im Rückblick viele Maßnahmen wie die Einführung biometrischer Reisepässe zur Terrorbekämpfung kaum beigetragen haben), fragen Hegemann/Kahl nach alternativen Grundlagen für solche Entscheidungen. Das Eigeninteresse der Entscheidungsträger alleine kann keine ausreichende Erklärung liefern. Warum manche Maßnahmen dennoch angemessener erscheinen als andere, leiten die Autoren explorativ aus drei Entscheidungslogiken ab. Damit schaffen sie

eine Grundlage, um jenseits von *policy*-Empfehlungen Gesetzgebungsprozesse im Terrorismusbereich zu analysieren.

Der nächste Beitrag beschäftigt sich mit dem historischen Wandel der Sicherheitskultur. *Patrick Masius* kann zeigen, wie sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts die Quellen der Gefahren invertiert haben. An Beispielen wie der Bekämpfung der Kreuzotter und den Reaktionen auf die Rheinüberflutungen wird deutlich, dass zunächst die Natur als Quelle der Gefahr galt. Erst die Ausrottung der vermeintlich gefährlichen Giftschlange, erst die Kultivierung des wilden Flusslaufes des Rheins erzeugt Sicherheit vor den Launen der Natur. Bei der Definition von solchen Gefahren spielen jedoch nicht allein sicherheitskulturelle Weltbilder, sondern stets auch Interessen der maßgeblich beteiligten Akteure eine gewichtige Rolle. Masius zeigt, wie Interessen durch gezielte Gutachterausswahl und Publikationspraktiken umgesetzt werden. Gleichwohl müssen diese Interessen stets im Einklang mit den jeweils gültigen Sicherheitskulturen stehen. So gilt ab Mitte bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die Natur kaum noch als Gefahr, sondern vielmehr selbst als gefährdet. Die Flüsse drohen »umzukippen«, das ökologische Gleichgewicht ist durch das Aussterben von Tierarten bedroht. Schließlich identifiziert Masius eine dritte Phase, in der Gefahren durch Hybridisierung und einer zunehmenden Ununterscheidbarkeit von Natur und Kultur definiert werden. Der Tsunami von 2004 hat nicht nur Menschen direkt in Gefahr gebracht, sondern auch durch die Verbreitung von Giftmüll zu ökologischen Gefährdungen geführt. Die Natur der Gefahren hybridisiert sich also zunehmend. Dies ist eine These, die sich mit der Annahme von Bruno Latour deckt, dass die Bedeutung von Aktanten und Hybriden, also halb sozialen und halb technischen Artefakten, zunimmt. Gegenwärtig scheint eine besondere Gefahr von hybriden Unsicherheiten komplexer Natur-Kultur-Interaktionen auszugehen.

Der nächste Beitrag von *Bernhard Frevel* und *Verena Schulze* analysiert die Herausbildung von »kooperativer Sicherheitspolitik« im Zusammenhang von »Safety und Security Governance« und erklärt diesen Prozess anhand lokaler und kommunaler Praktiken der Gefahrenabwehr. Die Autoren analysieren die Bedeutungsverengungen von Sicherheitspolitik im Zuge der zunehmenden Kooperation unterschiedlicher, auch nicht-staatlicher, Akteure. Auf der lokalen Ebene erweise sich Versicherheitlichung als ein Sprechakt, der zu einer Verengung komplexer sozialer Problemlagen als Sicherheitsproblemen führe. Das zweite Analysefeld fokussiert auf den Zusammenhang von Pluralisierung und Kooperation. Der Befund ist, dass die Kooperation

unterschiedlicher Akteure zu einer Proliferation von Sicherheitsdefinitionen führt. Beispielsweise sieht das Sozialamt einen Delinquenten als Opfer, während die Polizei die gleiche Person als Sicherheitsproblem wahrnimmt. Vermehrte Kooperation könne dazu führen, einen vermeintlichen Sicherheitsbedarf erst zu erzeugen oder unnötig zu verstärken. Die Autoren mahnen, dass die unterschiedlichen Formen der Kooperation nicht dazu führen dürfen, »immer mehr Sicherheit« zu fordern. Wie kooperative Sicherheitsplanung zu einer Überforderung und Überdehnung von Sicherheit führen könne, sollte ihrer Meinung nach verstärkt untersucht werden.

Normentwicklung internationaler Sicherheitskultur

Der vierte Abschnitt versammelt Aufsätze, die sich der Frage nach einer internationalen und globalen Sicherheitskultur stellen. Die Beiträge verbindet, dass sie soziale Praktiken der Gefahrenabwehr auf der globalen Ebene in den Vordergrund der Analyse stellen. Die Normengenese folgt dabei offenbar weniger einer abstrakten Begründungslogik als einer praktischen Handlungs- und Interventionslogik.

Unter dem Titel »Politische Autorität in Nachkriegsgesellschaften« beschreibt *Thorsten Bonacker* Post-Konflikt-Länder unter Verwaltung internationaler Administrationen. Er analysiert sie als Orte, an denen durch das Aufeinandertreffen verschiedener Akteure Vorstellungen von Sicherheit und Unsicherheit verhandelt werden müssen. Die Situation der Internationalen Verwaltung eines Landes (etwa Kambodscha, Kosovo, Namibia) liest er als eine paradigmatische Nahtstelle zwischen gesamtgesellschaftlicher und internationaler Sicherheit. Bonacker interessiert dabei weniger die historische Ableitung, wie sicherheitsgesättigte Gesellschaften neue Bedürfnisse mit ihren Regierungen aushandeln. Er sucht vielmehr nach einem besseren Verständnis, wie die internationale Gemeinschaft elementare Sicherheitsbedürfnisse in sogenannten Post-Konflikt-Gesellschaften identifiziert und dauerhaft verankert. Dabei ist, so das zentrale Argument, Autorität ein entscheidender Faktor, und zwar Autorität, die sich daraus speist, als legitime Instanz zur Interpretation gemeinsamer symbolischer Ressourcen wie etwa Friedensverträgen aufzutreten. Basiert eine solche Autorität nicht nur auf der »liberalen« Sicherheitskultur der intervenierenden Mächte, kann sie entscheidend zum Gelingen internationaler Administrationen beitragen.

Als Ausdruck einer globalen Sicherheitskultur versteht *Julian Junk* die ›Responsibility to Protect‹. Die internationale Schutzverantwortung ist der Referenzrahmen einer neuen, im Entstehen begriffenen internationalen Norm. Die Praktiken der Umsetzung dieser Norm begreift Junk als globale Kultur im Werden, welche nicht nur in den Entscheidungen oder Plenardebatten über Interventionen selbst begründet ist, sondern auch durch eine Analyse unterschiedlicher nationaler Mediendebatten deutlich wird. Dabei kann der Beitrag zunächst aufzeigen, wie internationale Rechtfertigungsdiskurse über mögliche internationale Interventionen seit den 1990er Jahren die globale Norm der Schutzverantwortung gestärkt haben, selbst wenn eine Intervention ausblieb. Die vergleichende Feinanalyse verschiedener Leitmedien aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien sowie den USA zur Intervention in Darfur zeigt deutlich, wie humanitäre Gründe zur Rechtfertigung einer Intervention angeführt werden. Dieser öffentliche Druck durch die Medien korrespondiert mit den Entscheidungen der nationalen Regierungen und liefert damit einen weiteren Hinweis für eine zunehmende Verstärkung einer globalen Norm der Schutzverantwortung. Interventionen erweisen sich damit als eine sicherheitskulturelle Praxis sowohl auf gesellschaftlicher wie weltgesellschaftlicher Ebene.

Der Beitrag von *Andrea Schneiker* und *Jutta Joachim* widmet sich dem Feld der privaten Sicherheits- und Militärfirmen und untersucht den Umgang von zivilen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit diesen neuen internationalen Sicherheitsakteuren. Der Titel des Beitrags ›Warum so freundlich?‹ fasst die Ausgangsbeobachtung zusammen, dass dieser Umgang in den untersuchten Ländern Großbritannien und den USA von einer überraschenden Zurückhaltung und erstaunlich hoher Akzeptanz geprägt ist. Die Analyse der Positionen von elf Menschenrechts- und Sicherheits-NGOs bestätigt den Eindruck: Es findet keine Versicherunglichung des Themas durch die NGOs statt und weitergehende Forderungen nach Monitoring oder gar Protest werden höchstens durch lokale Organisationen formuliert. Diese Zurückhaltung erklären die Autorinnen vor allem durch einen *normative fit* in den USA/UK, also einer allgemeinen Anerkennung der Privatisierung von Sicherheit. Länderspezifische Unterschiede in der Bearbeitung durch gesellschaftliche Akteure schließlich, so die Vermutung, können auf die unterschiedlichen Sicherheitskulturen der Staaten zurückgeführt werden und ließen sich damit auch als unterschiedliche Praktiken im jeweiligen Sicherheitsdiskurs fassen.

Sicherheits- und Risikoperzeption

Das fünfte und abschließende Kapitel versammelt drei Aufsätze, die den Einfluss von subjektiver Wahrnehmung und gefühlter Sicherheit untersuchen. Alle Beiträge zeigen, dass die gefühlte Sicherheit keineswegs mit der Zunahme von bestehenden Risiken oder objektiven Gefahren abnehmen muss. Die Ansätze bilden daher einen wichtigen Baustein der Sicherheitskulturforschung, um die Unterschiede zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit in Zukunft besser verstehen und erklären zu können.

Der erste Beitrag von *Franz Porzsolt, Igor Polianski, Johannes Clouth, Werner Burkart* und *Martin Eisemann* analysiert Entscheidungslogiken, die sich aus der Spannung zwischen gefühlter Sicherheit und tatsächlichem Risiko ergeben. Der Beitrag synthetisiert zahlreiche Ergebnisse medizin-ökonomischer und psychologischer Studien. Als Ergebnis kommen die Autoren zu dem Schluss, dass das medizinische Konzept der »gefühlten Sicherheit« sich auch auf andere Bereiche übertragen lässt. Das Konzept geht von einem Kosten-Nutzenmodell aus und besagt, dass der Zugewinn an Sicherheit stets an Kosten gebunden ist. Sowie der Sicherheitsgurt im Auto die Bewegungsfreiheit einschränkt, um das Verletzungsrisiko beim Unfall zu minimieren, lassen sich auch andere Praktiken der Gefahrenabwehr entscheidungslogisch als Kosten-Nutzen-Kalkulationen beschreiben. Allerdings lassen sich individuelle Unterschiede in der Bewertungspanne dieser Kosten-Nutzen-Relation beobachten. Am Beispiel des Gesundheitswesens kann gezeigt werden, dass die gefühlte Sicherheit stärker durch die Kosten, d.h. von den wahrgenommenen Einschränkungen als von den Nutzen, d.h. den reduzierten Risiken und Gefahren bestimmt wird. Gleichwohl ändert sich dieses Verhältnis, wenn die Kosten von der Allgemeinheit oder von der Solidargemeinschaft der Versicherten getragen werden. Die individuellen, auf Kosten fokussierenden Entscheidungen sind also nicht einfach als »irrational« abzutun. Vielmehr finden sich jeweils Akzeptanzbedingungen, die als Korrelate annäherungsweise die jeweiligen Entscheidungen erklären könnten. Die Autoren zeigen mit weiteren empirischen Ergebnissen, dass die Akzeptanzbedingungen von gefühlter Sicherheit abhängen und diese auch von medialen Repräsentationen der Kosten, der Nähe und Distanz zum Geschehen etc. geprägt ist. Für die Analyse von Sicherheitskultur kann daraus geschlossen werden, dass der Kulturbegriff keineswegs mit Irrationalität verwechselt werden darf, sondern auf die Analyse von Akzeptanzbedingungen zielt, Freiheitseinschränkungen in Kauf zu nehmen oder sich ihnen zu widersetzen.

Ein ähnlicher Befund mit Blick auf ›kriminalitätsbezogene Unsicherheitsgefühle und interpersonales Vertrauen‹ präsentieren *Dina Hummelsheim*, *Dietrich Oberwittler* und *Julian Pritsch*. Die quantitativen Ergebnisse ihrer Studie zeigen, dass ›subjektive Unsicherheit‹ vor allem auf den Einfluss nationaler Wohlfahrtspolitiken zurück zu führen ist. Damit bestätigen die Autoren die These, dass Kriminalitätsfurcht sich nicht nur aus der konkreten Wahrscheinlichkeit erklärt, zum Opfer zu werden, sondern dass in dieser Furcht allgemeine soziale Ängste integriert sind. In ihrer ländervergleichenden Studie wird gezeigt, dass mit umfangreicheren wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in einem Land die allgemeine Kriminalitätsfurcht sinkt. Diese Korrelation besteht unabhängig von der jeweils tatsächlichen Kriminalitätshäufigkeit. Gedeutet wird dieser Zusammenhang als eine höhere ›Ungewissheits- und Verwundbarkeitstoleranz‹ in jenen Ländern. Damit zeigt der Beitrag, dass zum Verständnis subjektiver Unsicherheit die kulturellen Dimensionen gesellschaftlicher Ungewissheiten und Verwundbarkeiten dezidierte Berücksichtigung erfordern.

Der dritte, abschließende Beitrag beschäftigt sich ebenfalls mit den gesellschaftspolitischen Akzeptanzbedingungen von Risiken und Unsicherheiten. *Lars Gerhold* zeigt in seinem Aufsatz, inwiefern das über Umfragen generierte Risikobewusstsein der Bevölkerung von medialen Darstellungsweisen und tagespolitisch jeweils diskutierten Ereignissen abhängt. Die verschiedenen quantitativen Befragungen kommen dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen. Wovor die Bürger Angst haben oder worüber sie sich am meisten sorgen, variiert je nach Umfrage stark. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes kann sich durchaus neben der Angst vor internationalen Terrorismus wiederfinden oder jeweils seine Position wechseln. Auch dieser Aufsatz demonstriert, dass Sicherheit ein ›Konstrukt gesellschaftlicher Wahrnehmung‹ ist und dass diese Konstruktionsweisen von kulturellen Darstellungsmustern, historischen Ereignissen und individuellen Sichtweisen geprägt werden.

Die Beiträge in diesem Band sind das Resultat einer gemeinsamen Konferenz, die im Juni 2011 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main zum Thema ›Gefährliche Zeiten!‹ stattfand. Organisiert wurde die Konferenz und dieser Sammelband von dem Forschungsprojekt »Sicherheitskultur im Wandel«, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird. Den weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Stefan Engert, Julian Junk, Georgios Kolliarakis und Gabi Schlag, sei an dieser Stelle herzlich für die stete Unterstützung und Zusammenarbeit gedankt. Eben-

so danken wir uns bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz für die konstruktive Diskussion und die Bereitschaft, einen Beitrag für diesen Sammelband zu liefern. Schließlich gilt unser besonderer Dank den studentischen Hilfskräften Andrea Jonjic, Wencke Müller und Martin Schmetz, die dieses Projekt mit Ausdauer, Präzision und konstruktiver Kritik unterstützt haben.